



Autor: Nadja Ehrbar
Der Landbote
8401 Winterthur
tel. 052 266 99 01
www.landbote.ch

Auflage 26'656 Ex.
Reichweite 54'000 Leser
Erscheint 6 x woe
Fläche 44'291 mm²
Wert 2'500 CHF

«Zuerst soll das Volk über den Dorfplatz entscheiden»

ILLNAU-EFFRETIKON Das Parlament hat einen Antrag des Stadtrates zum Illnauer Dorfplatz bereits einmal zurückgewiesen. Nun droht sich das zu wiederholen.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist zum Thema Dorfplatz Illnau gespalten. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn im Gremium sitzen sechs bürgerliche und drei linke Parlamentsvertreter. Eine Mehrheit, das dürften vor allem die Mitglieder der SVP, FDP, JLIE und BDP gewesen sein, plädiert für eine Rückweisung des Antrages. Eine Minderheit hingegen, vermutlich SP und Grüne, stellt sich hinter das Ansinnen des Stadtrates.

Dieser beantragt, die Häuser an der Usterstrasse 23 und 25 zu sanieren und den Dorfplatz neu zu gestalten. Letzterer könne mit dem Freiraum auf der Rückseite des Gebäudes an der Usterstrasse 23 erweitert werden. Das kommt auf 5,08 Millionen Franken zu stehen. Das Parlament soll am 6. April einen Projektierungskredit von 300'000 Franken sprechen und die hängige Motion von Stefan Eichenberger (JLIE) und René Truninger (SVP) sowie Mitunterzeichnende abschreiben.

Motionäre wollen Gegenteil

Das Problem ist nur, dass die Motionäre mit ihrem Vorstoss genau das Gegenteil beabsichtigten, nämlich beide Gebäude abzureissen und anstelle desjenigen an der Usterstrasse 25 ein neues zu bauen. Ebenso forderten sie einen Gestaltungsplan für das Zentrum Unterillnau sowie einen Investorenwettbewerb oder ein sogenanntes Public-Private-Partnership (PPP)-Projekt. Bei Letzterem arbeitet die öffentliche Hand mit Privaten zusammen, wobei die öffentliche Hand dadurch finanziell entlastet werden kann. Die GPK-Mehrheit begründet ihren Antrag auf Rückweisung unter anderem damit, «dass der Stadtrat nicht das umgesetzt hat, was die Motionäre verlangten», wie GPK-Präsident Ueli Kuhn (SVP) ausführt.

Es sei zudem weder ein Investorenwettbewerb noch ein PPP-Projekt vorgesehen. Und dies, obwohl entscheidend sei, «welche Kosten der Steuerzahler zu tragen hat», wie es im Abschied der GPK heisst. Die GPK-Mehrheit ist nämlich davon überzeugt, dass mit dem Einbezug eines privaten Investors das Projekt «wesentlich günstiger» sei als die Sanierung beider Gebäude, so wie es der Stadtrat will. Am wichtigsten aber sei, dass das Volk jetzt entscheide, sagt Kuhn. Denn hängig

ist auch eine Volksinitiative, die das gleiche Ziel verfolgt wie die Motion. Vertreter der JLIE, FDP, SVP und BDP reichten sie im Januar mit 600 Unterschriften ein.

Nicht in allem uneins

In diesem Punkt ist die Minderheit der GPK gleicher Meinung. In ihrem Abschied schreibt sie: «Voreiliger Aktionismus sollte vermieden werden.» Und: Das Abstimmungsergebnis solle abgewartet werden, bevor weitere Schritte unternommen würden.

Im Weiteren plädiert sie dafür, dem stadträtlichen Antrag zu folgen. Ein Neubau sei aus wirtschaftlicher Sicht weniger attraktiv. Zudem bestehe die «beträchtliche» Gefahr eines Prozesses. Das Gebäude an der Usterstrasse 23 ist im kommunalen Schutzinventar enthalten. Der Stadtrat hatte es bereits einmal entlassen, worauf der Zürcher Heimatschutz erfolgreich rekurrierte.

Das Parlament hat einen ähnlichen Antrag des Stadtrates im Juni 2011 bereits einmal zurückgewiesen. Die Chance ist also gross, dass das Geschäft erneut Schiffbruch erleidet. Der Stadtrat ist sich dessen bewusst, wie Stadtpräsident Ueli Müller bereits früher einmal sagte. *Nadja Ehrbar*



Autor: Nadja Ehrbar
Der Landbote
8401 Winterthur
tel. 052 266 99 01
www.landbote.ch

Auflage	26'656	Ex.
Reichweite	54'000	Leser
Erscheint	6 x woe	
Fläche	44'291	mm ²
Wert	2'500	CHF



Ein attraktiver Dorfplatz setzt den Abbruch der Gebäude an der Usterstrasse 23 und 25 (Bildmitte) voraus, finden die bürgerlichen Parteien.

Johanna Bossart